
11089/J XXVII. GP

Eingelangt am 25.05.2022

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der **Abgeordneten Fiona Fiedler, Kolleginnen und Kollegen**

an den **Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz**

betreffend **Informationsstatus der Pflegereform**

Seit Jahren wird in Österreich versucht, den Pflegemangel zu bessern und die Versorgung mit Pflegekräften sicherzustellen, allerdings wurden bisher noch keine endgültigen Lösungen gefunden. Viele der Ausbildungen für Assistenzberufe, die in Krankenhäusern nötig sind, finden nach wie vor an **Gesundheits- und Krankenpflegeschulen** statt. Gleichzeitig gibt es für einige dieser Berufe eigene **Lehrgänge**, teilweise können sie auch **berufsbegleitend** in Krankenhäusern erlernt werden. Das Ausbildungssystem ist dadurch zersplittert, wie viele Ausbildungsplätze tatsächlich zur Verfügung stehen ist unklar. Einige Spezialisierungen und Pflegeassistenzberufe fallen in diese Kategorie, häufig sind genau diese Berufsgruppen beispielsweise auf Intensivstationen von Personalmangel betroffen. Einzelberichten zufolge müssen in Krankenhäusern sogar immer wieder Ausbildungsstellen gestrichen werden, wodurch der Personalmangel langfristig kaum verbessert werden kann.

Die präsentierte "Pflegereform" will dieses Problem nun angehen und bringt eine Vielzahl von Schulversuchen in das Regelsystem, auch eine Pflegelehre soll entgegen aller internationaler Empfehlungen eingeführt werden. Daneben sollen "Gehaltserhöhungen" in Form von Bonuszahlungen die Berufe attraktiver machen, allerdings nur für zwei Jahre. Budgetiert ist für diesen Plan nichts, abseits von 50 Millionen Euro für einen Ausbildungsfonds, der laut Präsentation aber auf 225 Millionen Euro aufgestockt werden soll.

Lösungen, die zwar wie Lösungen klingen, aber etwas an der tatsächlichen Realität des Alltags vorbeigehen. Ein zusätzliches Gehalt als Bonuszahlung pro Jahr bringt zwar einen finanziellen Vorteil über das Jahr, aber einerseits bietet es für Pflegende im Alltag keine Erleichterung über das reguläre Einkommen und andererseits handelt es sich bei Gehaltsfragen um Kollektivvertragsmaterie. Wo der Staat zumindest als Arbeitgeber zumindest für die Landesangestellten tatsächliche Gehaltserhöhungen erwirken könnte - würden die Bundesländer sich bereit erklären, derartige Reformen anzugehen. Problematisch ist allerdings: Das ist nicht passiert und anstelle die Länder für derartige Maßnahmen auf seine Seite zu bringen, geht der Gesundheitsminister davon aus, dass einmalige Zusatzzahlungen für zwei Jahre die Länder vor vollendete Tatsachen stellen wird, sodass dieses Bonusgehalt nicht mehr gekürzt werden kann (1).

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Auch Anreize für Ausbildungsboni gibt es bereits über das AMS und Implacementstiftungen der Bundesländer, wie das Arbeitsministerium selbst schon vor einiger Zeit erklärt hat (2). Dennoch werden nun derartige Maßnahmen als Lösung des Personalproblems gefeiert, allerdings gibt es dafür noch kein Budget. Wer welche Aufgaben in der Umsetzung übernehmen wird ist ebenso unklar, allerdings war dies absehbar, nachdem eben die Regierung erst nun die Bundesländer zu einer Überführung der Maßnahmen in den Regelbetrieb überreden will. Das Grundproblem der Pflege wird damit aber nicht angegangen, immerhin kritisierte der Rechnungshof schon vor einiger Zeit die zersplitterten Zuständigkeiten im Bereich der Pflege (3).

Mangelnde Ausbildungsmöglichkeiten, mangelndes Personal

Offen ist also einerseits eine bisherige Analyse, wie genau die Pflege wirklich abgewickelt wird und wie hoch die Gesamtkosten dafür sind. Ebenso unklar ist trotz der angekündigten Vorschläge, wie die Ausbildung für verbleibende Gesundheitsberufe in Zukunft aussehen wird. Dies ist aber besonders relevant, wenn die Erfahrungen der vergangenen eineinhalb Jahre berücksichtigt werden und der Personalmangel in Krankenhäusern analysiert wird. So hat sich gezeigt, dass es in der Pflege grundsätzlich zu wenig Personal gibt, zu wenige Mitarbeiter Spezialisierungsausbildungen (beispielsweise für Intensivmedizin oder die Tätigkeit im Operationssaal) haben und ebenso bei Assistenzberufen nicht genug Personal zur Verfügung steht - in weiterer Folge finden sich die Berufe von Pflegeassistenz über Pflegefachassistenz bis zur diplomierten Gesunden- und Krankenpfleger auf der offiziellen Liste der **Mangelberufe**. Zusätzlich stehen Pflegepersonen aber vor großen Herausforderungen, wenn Sie in die Lehre einsteigen wollen - die Ausbildung zur Lehrtätigkeit verlangt eine Stundenreduktion und ist in weiterer Folge unattraktiv - ohne geeignete Ausbilder, kann die Zahl der Personen in Pflegeberufen aber kaum erhöht werden.

Unklare Lösungsansätze

Auch der Bericht der Taskforce Pflege (4) stellt einige Rahmenbedingungen zur Zukunft der Pflege auf, wie diese erreicht werden sollen, ist allerdings noch fraglich. Den bisherigen Erhebungen zufolge sind aber mindestens folgende Punkte nötig:

- flexibles und dynamisches System für Spezialisierungen auf unterschiedliche Krankheitsbilder und Settings
- Etablierung von Forschungs- und Lehrinrichtungen zu Pflege und Betreuung an Universitäten und Fachhochschulen
- Sicherstellung von Berufsmöglichkeiten für Personen ohne Studienberechtigung
- Ausbau der Ausbildungsangebote (dislozierte Standorte, Testbetrieb von pilotierten BHS-/BMS-Modellen, Implacement-Stiftungen, Fachkräftestipendien, verlängerte Möglichkeiten von Bildungskarenz oder Attraktivierung von berufsbegleitenden Ausbildungen)

Wie genau diese Umsetzungen erfolgen sollen oder wie Vorschläge wie eine Anpassung des Gehalts funktionieren soll, ist allerdings fraglich. Schließlich ist - wie bereits angeführt - sowohl bei Ausbildung, als auch bei Entlohnung und Stellenangebot das Gesundheitsministerium nur bedingt zuständig. Wie genau die Kommunikation mit den Bundesländern bisher abgelaufen ist, welche Teile der

"Reform" diesen bereits im Vorhinein bekannt waren und welche Aspekte überhaupt die Aussicht haben, nachhaltig umgesetzt zu werden, ist unklar.

1. <https://www.sn.at/panorama/oesterreich/pflege-reform-fuer-rauch-unumkehrbar-121312417>
2. https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/AB/AB_07314/index.shtml
3. https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/004.682_Pflege_Oesterreich.pdf
4. https://jasmin.goeg.at/1576/1/TF_Pflege_Ergebnisbericht_bf.pdf

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Welche Gespräche hat das Ministerium mit dem Bildungsministerium zu einzelnen Reformpunkten geführt? (Bitte um Angabe der jeweiligen Gesprächstermine, Vertreter welcher Sektionen dabei waren und Themenbereich der Pflegereform)
2. Welche Gespräche hat das Ministerium mit dem Arbeitsministerium zu einzelnen Reformpunkten geführt? (Bitte um Angabe der jeweiligen Gesprächstermine, Vertreter welcher Sektionen dabei waren und Themenbereich der Pflegereform)
3. Welche Gespräche hat das Ministerium mit den Bundesländern zu den einzelnen Reformpunkten geführt? (Bitte um Angabe der jeweiligen Gesprächstermine, Vertreter welcher Bundesländer und deren Ressorts dabei waren, und Themenbereich der Pflegereform (bspw. Gehaltsfrage, Ausbildungsformen, etc.) für diese und folgende Unterfragen)
 - a. Waren Krankenanstalten- und Pflegeheimbetreiber involviert?
 - i. Falls nein: Warum nicht?
 - b. Waren die Sozialhilfeverbände involviert?
 - i. Falls nein: Warum nicht?
 - c. Waren Vertreter von Interessensvertretungen der Pflege/Gewerkschaften involviert?
 - i. Falls nein: Warum nicht?
 - d. Waren Vertreter von Menschen mit Behinderungen involviert?
 - i. Falls nein: Warum nicht?
 - e. Waren Vertreter der 24-Stunden-Pflege involviert?
 - i. Falls nein: Warum nicht?
4. Welche Gespräche gab es, um Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern zu klären? (Beispielsweise für Kollektivvertragsmaterien, Arbeitsstiftungen, etc.; Antwort bitte ebenso für alle Kategorien der Fragen drei)

- a. Welche Gespräche gab es mit Krankenanstalten- und Pflegeheimbetreibern?
 - i. Falls es keine gab: Warum nicht?
 - b. Welche Gespräche gab es mit Sozialhilfeverbänden?
 - i. Falls ein keine gab: Warum nicht?
 - c. Welche Gespräche gab es mit Interessenvertretungen/Gewerkschaften der Pflege?
 - i. Falls es keine gab: Warum nicht?
5. Welchen Zeitplan gibt es bisher für weitere Gespräche mit dem Bildungsministerium zur Umsetzung der angekündigten Reformschritte? (Bitte um Angabe der vereinbarten Gesprächstermine, Vertreter der Sektion, Themenbereich der Reform und jeweiligen Zieltermin, wann der entsprechende Reformschritt als Vorlage in Begutachtung gehen soll)
 6. Welchen Zeitplan gibt es bisher für weitere Gespräche mit dem Arbeitsministerium zur Umsetzung der angekündigten Reformschritte? (Bitte um Angabe der vereinbarten Gesprächstermine, Vertreter der Sektion, Themenbereich der Reform und jeweiligen Zieltermin, wann der entsprechende Reformschritt als Vorlage in Begutachtung gehen soll)
 7. Welchen Zeitplan gibt es bisher für weitere Gespräche mit den Bundesländern zur Umsetzung der angekündigten Reformschritte? (Bitte um Angabe der vereinbarten Gesprächstermine, Vertreter welcher Bundesländer und derer Sektionen dabei waren, Themenbereich der Reform und Zieltermin, wann dieser Themenbereich zur Umsetzung kommen soll)
 8. Welchen Zeitplan gibt es bisher, um eine Überführung einzelner Reformschritte in einen regulären Ablauf ab 2024 sicherzustellen? (Bitte um Angabe der vereinbarten Termine, Vertreter beziehungsweise Verhandlungspartner und Zeitplan, wann die Umsetzung langfristig gesichert sein soll)